Zu den Reiseberichten

2023: Tirana, Albanien

(17.- 23. September 2023)

Gibt es den „Westen" in Albanien?

17. September, im Flugzeug

Auf dem Weg nach Tirana versuche ich, meine Fragen an diese Reise in mir selbst zu erlauschen. Albanien ist ein kleines Land, das nicht zur EU gehört, aber seit 2014 Beitrittskandidat ist. Am 19. Juli 2022 haben die Beitrittsverhandlungen begonnen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg durchlebte Albanien eine lange Zeit extremer Unterdrückung und Isolation. Im Jahr 1991 brach die stalinistische Diktatur von Enver Hoxha nach über 45 Jahren zusammen. Damals wurde ein verarmtes und traumatisiertes Land in eine demokratische Zukunft entlassen. Die Hoxha Zeit war das Gegenteil dessen, was für mich das Ideal des „Westens“ ausmacht. Ich frage mich, ob ich diesen idealisierten „Westen“ hier zu meinem Motiv machen könnte? Zu dem, was ich suche? Als Realität – oder als Sehnsucht, als etwas, das nur in seinem Fehlen deutlich wird?

Was ist das Versprechen des „Westens“? Kann es Fuß fassen in einer Gesellschaft, die 1991 fast ausschließlich aus Täter*innen und Opfern eines skrupellosen autoritären Systems bestand? Wie vollzog oder vollzieht sich der Wandel von dort hin zur Subsidiaritäts-Gesellschaft? Besteht überhaupt

die Aussicht dazu? Wie sieht man von Albanien aus den träge-selbstgefälligen „Westen“, wie er sich in der Realität zeigt? Gibt es hier auch diese bittere Ernüchterung, der ich im Osten des Westens immer wieder begegne? Beginnt man auch hier, eine Alternative zum Westen im Autoritarismus von China, Russland oder der Türkei zu sehen? Als das kleinere Übel zur westlichen Heuchelei?

Eine traurige Sehnsucht

18. September, Frühstücksterrasse des Boheme-Hotels

Während des gestrigen Abendessens entwickelte sich am Tisch mir gegenüber ein Gespräch zwischen Mitreisenden. Eine Frau aus Polen, seit sechs Jahren in Deutschland, und eine andere aus Frankfurt an der Oder, seit 20 Jahren in Berlin. Die junge Polin sprach über ihr Land, das sie verlassen hatte. Sie würde gerne verstehen, warum Polen so geworden ist, so rechtslastig. Wenn sie es verstehen würde, könnte sie es vielleicht ändern. Die beiden Frauen grübelten gemeinsam mit einer Art ratloser Resignation über dieses Thema. Die deutsche Frau, die so schnell wie möglich aus der geistigen Enge von Frankfurt an der Oder geflohen ist, vermutet, dass es an der religiösen Tradition Polens liegt. An

der Bindung des Volkes an die Katholische Kirche. Vielleicht will sie damit sagen, dass die Gewöhnung an die Unterwerfung unter eine höhere Autorität und deren weltliche Vertretung den Weg zu sich selbst versperrt.

Im Gespräch zwischen den beiden ist eine Sehnsucht nach dem, was ich für diese Reise den „Westen„ nennen möchte. Und sie haben die Erwartung, dass Menschen, denen dieser „Westen“ greifbar vor Augen steht, sich sofort und freudig dorthin aufmachen würden.

Die Polin ist fassungslos darüber, dass ihre Landsleute sich anders verhalten. Als ob diese sich selbst eine schwer erkämpfte Freiheit wieder verweigern würden. Wie in einem unverständlichen masochistischen Anfall.

Ich erkenne „meinen Westen“ in der Sehnsucht der beiden Frauen. Aber ich habe einen Zweifel. Ich finde das Ideal des „Westens“ umfasst auch ein Verständnis für den menschlichen Wunsch nach Ordnung, Sicherheit und Bewahrung der Traditionen. Ich merke, für mich gehört zum „Westen“ nicht nur die unbedingte Freiheit von aller Fremdbestimmtheit, sondern auch der Respekt für das, was für Menschen zu ihrer Identität gehört. Oder besser: Auch die Empfindung, an etwas gebunden zu sein, ist ein Aspekt der westlichen Freiheit.

Der Umbau von Stadt und Staat - ein erster Kontakt

18. September, Tirana

In Tirana wird gebaut. Der alte Stadtkern wird zur Seite gedrängt von ehrgeizigen, hoch aufragenden Türmen. Die Stadtverwaltung versucht, die vielen illegalen Bauten und Umbauten nach und nach zu legalisieren oder abzureißen. Seit 2016 gibt es ein Grundbuch, das außerdem online einsehbar ist. Online, d.h. anonym verfügbar für jede und jeden. Es gibt keine Torwächter mehr, die sich einen Zugang zu Information bezahlen lassen können. Das scheint ein Prinzip zu sein im Versuch, die Korruption in Albanien zurück zu drängen. Eine Mammutaufgabe, ein Kampf gegen einen vielarmigen Kraken.

Man muss sich das Albanien der Hoxha-Zeit wie ein Nordkorea in Europa vorstellen, so wird der Bürgermeister der Stadt zitiert. Es gab kein Privateigentum, keine Rechte der Einzelnen gegenüber dem Staat. Deswegen gibt es heute kein „Vertrauen in den Staat“, an das man anknüpfen, das man

wieder aufbauen könnte. Die Ideale des Westens haben hier keine Tradition, sie werden neu begründet. Eines der großen Probleme Albaniens ist die Auswanderung. Wie kann man sie verhindern, ohne die Menschen zum Bleiben zu zwingen? Teilhabe und Mitgestaltung sind ein Schlüssel, sagen uns die Vertreter*innen einer Jugendorganisation unter dem Dach der UNO. So haben es sich auch UNO und EU auf die Fahnen geschrieben: „Beteiligung statt Leistungsempfang“. Junge Leute sollen das Gefühl haben, sie können die Gesellschaft verändern und beeinflussen. Sie sollen nicht das Gefühl haben, dass alles so bleibt, wie es ist, und man sich ihre Duldsamkeit mit Almosen erkauft.

In der Demokratie dauert alles lange, und Albanien hat keine Zeit. Dem Kapitalismus wurden kaum Regeln entgegen gestellt, auch die Rechtsprechung und die Gesetzgebung waren käuflich. Diese Zeit ist jetzt vorbei, so hoffen Menschen hier, zu deren Berufung das Hoffen gehört. Die Politiker*innen und andere Gestalter*innen der Zukunft. Im Justizministerium erklären uns die beiden stellvertretenden Justizminister*innen Klajdi Karameta und Adea Pirdeni ihre Aufgaben an der Front der Korruptionsbekämpfung. Sie gehören zu denen, die vom Studium im Ausland zurück gekehrt sind. Man muss an den Umbruch glauben, bevor er Wirklichkeit werden kann. Die eigene Bevölkerung glaubt vielleicht noch nicht daran, aber trotzdem will man die Europäische Union davon überzeugen, dass Albanien auf dem Weg zu einem europäischen Musterland ist. Die Anforderungen der EU für den Beitrittskandidaten sind scharf, viel härter, als sie es für Bulgarien oder Rumänien waren. Die EU will sich nicht noch einen Problemfall einhandeln. Während Ungarn und Polen im eigenen Land die Gewaltenteilung in Frage stellen, wird sie in Albanien mit tiefgreifenden Justizreformen mühsam aus der Taufe gehoben. Über 50% der Richter*innen und Staatsanwält*innen wurden als unwürdig oder ungeeignet suspendiert. Manche davon sind jetzt im Gefängnis. Albanien ist eine riesige Baustelle mit riesigen Visionen, die das Überkommene zermalmen wollen und dürfen. Anders, so meint man, wird es nicht gehen.

Albanien ist ein altes Land und ein altes Volk mit einer alten Sprache und Kultur. Alles reicht zurück bis in die Vorzeiten Europas, lange bevor im nahen Griechenland die Demokratie erfunden wurde. Wie die Armenier*innen im Kaukasus haben die Albaner*innen ihre Sprache und Kultur bewahrt, trotz Jahrhunderten von Besatzung und Unterdrückung. Noch immer ist die Identität als Albaner*in wichtiger als die Religionszugehörigkeit. Auch im Ausland, in der wirtschaftlichen Diaspora dieser Tage, bleibt die Identität erhalten. Ähnlich wie bei den Armenier*innen und bei den Jüd*innen. Der Kanun, eine überkommene Tradition für das, was Recht ist, durchdringt das Lebensgefühl, das Verhältnis zwischen Mensch, Welt und Gesellschaft. In manchen Teilen des Landes stärker, in anderen weniger. Wenn der Staat schwach war oder zum Feind wurde, konnte man sich darauf zurück ziehen. Die Blutrache gehört dazu, aber auch (und noch mehr) die Gastfreundschaft. Albanien ist das einzige Land in Europa, in dem nach dem Zweiten Weltkrieg mehr Jüd*innen lebten als vorher. Sie wurden hier versteckt und beschützt, nicht abgewiesen und ausgeliefert.

Alt und eigen, unterdrückt und gedemütigt, aber jetzt im jugendlichen Aufbruch und voller

Tatendrang, so begegnet mir dieses Land. Es ist keine naive Hoffnung auf den Westen, die ich hier bisher finde. Ich finde auch nicht die Enttäuschung, mit der ich gerechnet habe, die Enttäuschung über die westliche Heuchelei.

EU Integration

19 September, Tirana, Haus der Parlamentsverwaltung

Jorida Tabaku von der Demokratischen Partei und Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für die europäische Integration hat sich für uns Zeit genommen. Sie gehört zur Opposition gegen die regierende Sozialistische Partei. Aber in dem Punkt des EU-Beitritts sind sich die albanischen Parteien gemeinsam mit der Zivilgesellschaft einig. Es gibt 15 Schlüsselkriterien der EU, für die die Erfassung des Status Quo nun abgeschlossen ist. Am wichtigsten im Verhältnis Albanien/EU sind die Kriterien „Korruption“, „Organisierte Kriminalität“ und „Eigentumsrechte“. Im Herbst diesen Jahres beginnen nun die Verhandlungen über die Einhaltung der einzelnen Kriterien. Die Politik in Albanien steht unter großem Druck, denn die Bevölkerung verliert die Geduld im Warten auf die EU. Eine neue Auswanderungswelle baut sich deswegen gerade auf, ein weiterer „Braindrain“ – und den kann sich das Land nicht mehr leisten.

Deutschland engagiert sich seit Jahren sehr in der Vorbereitung der EU-Erweiterung im Balkan. Auf der politischen Ebene, aber auch mit vielen konkreten Entwicklungsprojekten, z.B. in Schule und Ausbildung oder der Begleitung von Migration und Rück-Migration. Diese Hilfen sind sehr willkommen.

Fatos, die Postdemokratie und die Hoxha-Zeit

19 September, in den Bergen vor Tirana

Doch am Abend wird Fatos Lubonja, ein Journalist, Autor und Menschenrechtsaktivist, der über 17

Jahre in den Arbeitslagern des Hoxha-Regimes überlebt hat, die Hilfen aus dem Ausland kritisieren. Mit ihnen sei Albanien wie ein Baum, der mit den Wurzeln nach oben wächst. Es ist gut gemeint von der EU, aber eigentlich muss die Entwicklung aus Albanien heraus geschehen und nicht von außen alimentiert werden. Wie eine Schar unmündiger Kinder taumelt die albanische Gesellschaft übergangslos aus der Diktatur in die postdemokratische Gesellschaft, so meint er.

Das, was er die postdemokratische Gesellschaft der monopolaren Oligarchen nennt, treibt ihn um. Für ihn war die Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung Albaniens und des gesamten ehemaligen Ostblocks in dem Moment gescheitert, als die Gewinnler*innen des Übergangs, die Oligarchen, aufhörten sich gegenseitig zu bekämpfen und stattdessen Einzelne sich durchsetzten. Am Beispiel Russlands beschreibt er das als den Übergang vom System Jelzin zu dem System Putin. Zuerst hatte Fatos noch gehofft, dass aus dem auch ideologischen Wettstreit der Oligarchen eine pluralistische Demokratie entstehen könnte. Doch dann, sagt Fatos, haben sich pure wirtschaftliche Interessen durchgesetzt, die sich heute nur noch politisch bemänteln. Inszenierungen, um Bevölkerung und Weltöffentlichkeit zu täuschen und auf unbedeutenden Nebenschauplätzen zu beschäftigen. Während die wahren Drahtzieher ihren Reichtum mehren. Die Politiker*innen der Welt haben in dieser wirtschaftlich unterworfenen Globalisierung keine Macht mehr. Die Programme der Parteien unterscheiden sich nicht mehr, alles Politische ist nur noch ein leeres Schauspiel. So ist die beeindruckend lebendige, zutiefst pessimistische Analyse von Fatos. Die neoliberale Realität des heutigen Albaniens beschreibt er als einen Zerr- und Vergrößerungsspiegel für die alten Demokratien. Hier und in den anderen Ländern der pseudo-kommunistisch erzwungenen Kollektivierung läge die Macht nun ausschließlich bei den kriminell erworbenen Privatvermögen. Es gibt keine Erinnerung an das, was einmal „Demokratie“ war. Und damit fehlt hier das wenige an Immunität, das im alten Westen vielleicht noch für eine Weile bestehen wird. Doch dann, glaubt Fatos, wird auch dort verglimmen, was für mich „der Westen“ ist: Jede wirkliche Beteiligung der Einzelnen am Bau der Gesellschaft. „Oh, man wird noch wählen dürfen!“ – Aber er prophezeit, dass es kein individuelles kritisches Bewusstsein mehr geben wird in einer unmündigen Herde von geführten Kindern.

Fatos Lubonja hat das Regime Hoxhas überlebt, war einer der letzten, die vor Ausrufung der Republik 1991 aus den Gefängnissen und Arbeitslagern frei kamen. Die kommunistische Diktatur Hoxhas war eine Zeit paranoider Willkür, in der nach und nach alle Freundschaftsbande zu den anderen kommunistischen Staaten zerbrochen wurden. Enver Hoxha hat die Entstalinisierung der Sowjetunion nicht mitgetragen, für ihn war das Verrat. Die Kulturrevolution Chinas hat man in Albanien übernommen, aber das Tauwetter der Ping-Pong-Diplomatie nicht. Albanien hat sich abgeschottet gegen alle und jeden, blieb stalinistisch bis zum bitteren Ende. 1985 starb Enver Hoxha, zwar hinterließ er Kinder, aber keine Dynastie. Der Versuch seiner Getreuen, den Personenkult weiter zu führen, währte nur bis 1991, als das System Hoxhas in Albanien zusammenbrach und ein Land, das insgesamt wie ein paranoides Gefängnis war, plötzlich und unvermittelt Teil einer größeren Welt wurde.

Zwischenspiel: Illyrien

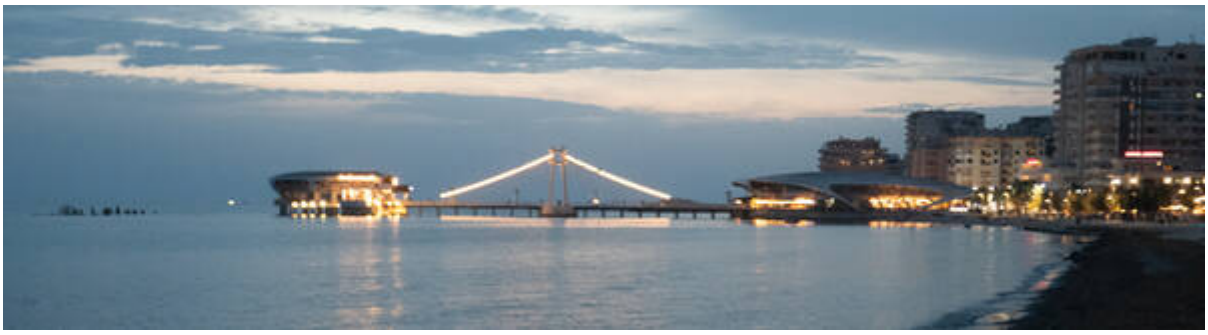
20. September, eine Tagestour mit dem Bus

Unsere Reisegruppe legt einen Tag historisch-landschaftlicher Besichtigungen ein zwischen der Festung von Berat und der alten Hafenstadt Durres.

In Illyrien, wo seit der Antike große Städte und Reiche bestanden, zieht nun mit Macht der Tourismus ein. Religionen kamen und gingen, tödliche Probleme machten sie hier nie, auch heute nicht. Als gäbe es eine Identität, die tiefer reicht und ursprünglicher ist. Vielleicht die albanische Sprache? Sie war in der Antike schon alt und wird mit dem Altgriechischen und dem Armenischen als eine der drei unabhängigen Zweige der indoeuropäischen Sprachfamilie angesehen.

Die Geschichte seit der Antike ist nicht nur neben dem neu entdeckten Amphitheater in Durres überall greifbar. Es ist, als müsse man mit dem Fuß nur etwas von dem Schutt der Zeit darüber zur Seite schieben. Große Namen fallen. Caesar schlug hier eine Schlacht gegen Pompeius, Konstantin der Große stammt von hier. Onufri schuf hier seine stilstiftenden Ikonen mit dem unvergleichlichen Rot.

An der prachtvollen Promenade von Durres blickt nun ein Groß-Hotel neben dem anderen, manchmal noch aus halbfertigen Betonetagen, hinaus auf den Mond über der Adria. Unsere türkische Reisegefährtin fühlt sich „genau wie in Antalya“, während wir Fisch essen und hernach umständlich versuchen, die Sammelrechnung rechtens unter uns aufzuteilen. Denn auch der albanische Wein hat uns taumeln gemacht, inmitten all der Schönheit und Erinnerung.



Dann geht es wieder zurück nach Tirana. In der Peripherie der Stadt liegen die Industriegebiete. Langsam verlagerte sich der Schwerpunkt der albanischen Wirtschaft von der Landwirtschaft zur Industrie und von dort hin zur Dienstleistung in Industrie und Immobilienbranche. Nach 1991, als auch die schwierige Transformation Albaniens hin zu einer Demokratie begann. Privatbesitz hatte es in der Hoxha-Zeit nicht gegeben. Tirana ist bis in die Randgebiete geprägt von illegaler, aber lange geduldeter Bebauung. Besonders nach 2001 zogen viele zweitgeborene Söhne vom Land nach Tirana und bauten sich irgendwo eine Bleibe. So konnten sich die Familien auf dem Land versorgen. Erst später wurden die Besitzverhältnisse der enteigneten Liegenschaften aus dem Kommunismus wieder weitgehend geklärt. Man kann sich vorstellen, was für eine komplizierte und riesige Aufgabe das war.

Heute sind viele der jungen Männer im Ausland, versorgen aber wie damals ihre Familien Zuhause. Die Überweisungen aus dem Ausland sind ein großer Wirtschaftsfaktor in Albanien.

Berufsschule

21. September, Kamza

An der Berufsschule in Kamza/Tirana lernen 1500 Schüler*innen. Im Schuljahr 21/22 haben 97% den höchsten Abschluss gemacht nach vier Jahren: das Abitur und das Diplom der Berufsausbildung. Die Schule ist stolz darauf, dass sie beteiligt ist, eine Mittelschicht heran zu bilden. So erklärt es uns die junge Schulleiterin. Nein, vom Schulsystem des Kommunismus sei nicht viel geblieben, auch wenn nicht alles schlecht gewesen war damals. Zum Beispiel hätte die Fortbildung der Lehrer*innen eine große und selbstverständliche Rolle gespielt.

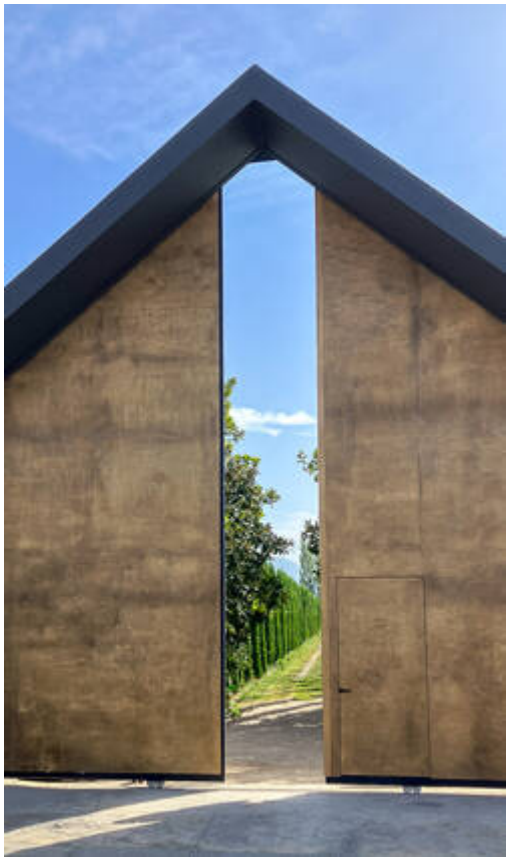
Heute ist die Schule für alle Albaner*innen gebührenfrei, aber nur wenige Schulen sind so gut ausgestattet wie diese. Viele albanische Familien sind trotzdem zu arm, um die Ausbildung ihrer Kinder zu finanzieren, selbst mit den zahlreichen Stipendien. Jugendliche, die hier eine Ausbildung in Landwirtschaft machen, bekommen automatisch umgerechnet 70,-€ monatliche Unterstützung, alle Mädchen 35,-€. Die Anzahl der Schulanmeldungen sei insgesamt rückläufig in Albanien. Zum einen haben Familien heute weniger Kinder als früher – aber vor allem wegen der grassierenden

Auswanderung ganzer Familien.

„Was würde ihrer Schule helfen?“, fragen wir die Schulleiterin. Für einen Augenblick schleicht sich eine Schärfe in die freundlichen Augen: „Wenn Deutschland aufhören würde, so aggressiv die albanischen Arbeitskräfte abzuwerben.“ Wir dürfen dann einige Klassen besuchen und begegnen freundlichen, selbstbewussten jungen Menschen, denen man die großen Fragezeichen über ihrer Zukunft nicht ansieht.

Die Uka-Farm

21. September, Laknas



1996 gründete der als Agrarminister zurück getretene Insektenforscher Rexhep Uka mit seinem Sohn Flori einen radikal ökologischen Bauernhof in der Nähe von Tirana. Wir treffen Flori Uka auf einer Führung über das Gelände und erfahren viel über seine Philosophie naturbelassener Landwirtschaft. Er vertritt sie mit prophetischem Eifer. Seit 2006 produziert die Uka-Farm auch einen Wein, der internationale Aufmerksamkeit erregt. Die an Maulbeerbäumen wachsende Ceruja-Traube sei die Urform des europäischen Weines und würde in Albanien schon seit 4.000 Jahren gekeltert werden. Wir trinken und essen im Hof-Restaurant von den wirklich köstlichen Produkten.

Trotzdem ist der stärkste Eindruck, der für mich von diesem Besuch bleibt, der eines allein stehenden Experimentes. Ich finde Floris Ausführungen interessant und frage mich, welche anderen solitären Blüten vielleicht noch in dem Jahrzehnt dramatischer und chaotischer Wirren nach dem Sturz der Diktatur entstanden sind. Weisen sie in die Zukunft? Oder sind es nur übrig gebliebene Kuriositäten?

Die Vertretung der Europäischen Kommission in Albanien

21. September, Tirana (Innospace)

Zur Begegnung mit Flori, dem selbstgewiss versponnenen Visionär könnte es kaum einen größeren Kontrast geben als die kühle Nüchternheit des Vertreters aus der 70-köpfigen Delegation der EU-Kommission in Albanien, den wir danach treffen.

2009 bewarb sich Albanien für einen Beitritt in die EU, erreichte 2014 Kandidatenstatus und seit 2022 wird nun verhandelt. 90-97% Zustimmung in der Bevölkerung gäbe es dafür, noch lieber würde man den Vereinigten Staaten von Amerika beitreten, aber das ginge ja nun mal nicht. Zusammen mit anderen Ländern des Westbalkan ging der Beitrittsprozess nur schleppend voran, alles ist verflochten und kompliziert, aber jetzt hat sich die geopolitische Situation geändert. Kommission und Rat der EU haben sich positiv geäußert, alle 27 Regierungen der derzeitigen Mitgliedsstaaten auch. Trotzdem wird es noch lange dauern, bestimmt zehn Jahre. Ja, die Bevölkerung in Albanien ist frustriert und hat keine Geduld mehr. Die Auswanderung ist hoch und manche sehen darin eine Art kolonialistische Ausbeutung Albaniens durch die reichen Länder in der EU. Aber die allgegenwärtige Korruption in Albanien sei das eigentliche Problem für das Land und für den Beitrittsprozess, nicht die Interessen und Forderungen der EU.

Die Mitarbeiter*innen der EU-Kommission in Albanien berichten nach Brüssel über die Fortschritte der Angleichung Albaniens an die Strukturen der EU. Die Justizreform ist aus Sicht der Kommission eine Revolution. Selten habe sich die Kommission so sehr in einem Beitrittsland engagiert wie in Albanien und mit dieser Reform. Die Prozesse zur Ernennung von Richter*innen und Staatsanwält*innen

wurden begleitet von EU-Beobachter*innen und entpolitisiert. Es gibt jetzt zudem eine neue Sonderstaatsanwaltschaft, mit der sich die Justiz auch in Zukunft wird selbst kontrollieren können. Allerdings, wer kontrolliert die Kontrolleure? Man erwarte nicht, dass jetzt plötzlich alles gut sei. Ob aus der neuen Chance für die Rechtsprechung eine bleibende Gesundung der albanischen öffentlichen Institutionen wird, wird sich erst zeigen.

Die Zivilgesellschaft in Albanien

21. September, Tirana (Innospace)

Eine Kennerin der Szene von NGOs in Albanien erklärt uns: „In der Demokratie ist die Zivilgesellschaft der Kanal zwischen den Bürger*innen und der Regierung. Beide dienen der Öffentlichkeit, wobei die Regierung gewählt ist und die Akteur*innen der Zivilgesellschaft ihre Legitimation aus dem Engagement der Bürgerschaft beziehen“. Nominell gäbe es in Albanien keine Hindernisse für Nichtregierungsorganisationen. Es gäbe viele Hundert davon und es gäbe auch viel Geld von Geldgeber*innen. Die größten davon wären die EU und Staaten wie Deutschland, die Schweiz, Italien, Norwegen oder die USA.

Aber: Eine NGO, die nicht mit der Regierung übereinstimmt, habe es sehr schwer in Albanien. Sie könne sich nicht sichtbar machen, weil die Medien nicht über sie berichteten (außer negativ). Sie würde mit Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren überhäuft und, wenn das nicht hilft, mit Prozessen überzogen. In der albanischen Gesellschaft besteht außerdem kein Vertrauen zu Institutionen, auch nicht zu „unabhängigen“. Im stalinistischen Kommunismus habe man gelernt, dass man nicht einmal den eigenen Eltern vertrauen könne.

So würde derzeit in Albanien jede wirkliche Regung der Zivilgesellschaft im Keim erstickt: Ihre Akteur*innen haben von Beginn an einen enormen Aufwand, werden von der Bürgerschaft nicht gesehen oder unterstützt und sie haben keine Erfolge, sondern nur Steine im Weg. Es gäbe trotzdem immer wieder idealistische Projekte, aber die allermeisten ihrer Betreiber*innen würden irgendwann müde und gäben auf. Oder sie müssten zusehen, wie ihre NGO durch eine GONGO ersetzt wird, eine „Regierungs-Nichtregierungsorganisation“ mit den selben Themen – allerdings ohne jede Regierungskritik.

Alba Broika, die uns das erzählt, wirkt trotzdem ungebrochen und kampflustig. Sie beeindruckt unsere

gesamte Reisegruppe sehr damit, nachdem wir zuvor schon ihre klaren Analysen und Beschreibungen bewundert haben.

Die Vjosa-Kampagne

22. September, Tirana (Innospace)

Am letzten Tag vor der Abreise erfahren wir doch noch von einem sehr gelungenen Projekt aus der Zivilgesellschaft. Olsi Nica von ECO Albania beschreibt uns wie es gelang, den Fluss Vjosa davor zu bewahren, durch 45 Staudämme aus dem längsten frei fließenden Fluss Europas in ein weiteres gezähmtes und artenarmes Gewässer verwandelt zu werden. Die geplanten Staudämme hätten nicht sehr viel Strom produziert. Der Bedarf Albaniens ist ohnehin gering, aber die Ressourcen für erneuerbare Energien reich. In einem Land mit 300 Sonnentagen ist die Solarkraft bisher wenig ausgebaut – denn mit großen Bauprojekten lässt sich mehr Geld bewegen und verdienen. Darum ging es bei den zu bauenden Staudämmen eigentlich, nicht um Energie oder sonst einen Nutzen für die Gesellschaft. Eine Bürgerbewegung konnte die Staudämme verhindern, weil sie sinnlos und schädlich für die Natur und die Gesellschaft waren. Das ist sehr bemerkenswert in Albanien, denn im Interesse der korrupten Strukturen des Landes waren diese Projekte ja sehr wohl. Olsi Nica sagt, er habe kein Patentrezept, liste aber gerne wenigstens die Zutaten für den Erfolg dieser Kampagne auf:

* Sammlung der Daten. Es wurde nachgewiesen, wie groß der Artenreichtum des Flusses ist und dass der Bau der Staudämme wirtschaftlich überflüssig oder sogar schädlich für Albanien ist.

- Diese Daten wurden über viele Kanäle in Albanien und im Ausland kommuniziert.
- Viele internationale Forscher*innen schlossen sich dem Projekt an.
- Es gab eine begleitende emotionale Kampagne von Künstler*innen, sowohl aus dem Einzugsgebiet des Flusses, als auch von Hollywoodstars.
- Lobbyarbeit mit Berufung auf Naturschutzkonventionen bei europäischen Institutionen (Parlament und Kommission). So wurde aus den Beitrittsverhandlungen zur EU ein Hebel für die

Vjosa-Kampagne.
- Gerichtsverfahren. Zum ersten Mal in der Geschichte Albaniens wurde die Regierung von einer lokalen Gruppe nicht nur angeklagt, sondern sie wurde auch von einem Gericht verurteilt.
- Es gab Medienunterstützung durch eine umfassende Pressearbeit.

Heute setzen Anwält*innen und ein Management das Projekt fort. Sie werden den errungenen „Nationalpark des Flusses Vjosa“ zu einer seriösen und greifbaren Wirklichkeit machen. Nebenbei ist in vielen Kooperationen eine europaweite Vernetzung von Forscher*innen entstanden, die weiterhin Bestand haben wird. Inzwischen setzt sich der albanische Staat an die Spitze derer, die diesen wunderbaren Nationalpark angeblich schon immer gewollt und angestoßen haben. In Wirklichkeit konnten die Regierung und die Industrie von der Zivilgesellschaft zum Umdenken gezwungen werden, und darin liegt ein Moment der Hoffnung für die Menschen in Albanien. Auch wenn es anscheinend völlig einsam ist, dieses Vorbild.

Die Freiheit der Medien in Albanien

22. September, Tirana (Innospace)

Besar Likmeta von BIRN Albania, einer NGO, die sich auf investigative Berichterstattung und Medienbeobachtung spezialisiert hat, breitet zum Abschluss ein düsteres Bild der Realitäten in Albanien vor uns aus.

Zwar gäbe es Gesetze zum Schutz der Pressefreiheit, doch würden sie nicht beachtet. Journalist*innen, die zum Problem werden, verlören ihren Job und eventuell ihre Familien den ihren gleich mit. Wirksame Hilfe bekämen sie keine, von keiner Seite, auch nicht den Kolleg*innen oder der Zivilgesellschaft.

Die scheinbar vielfältigen Medien seien in Wirklichkeit bei zwei Oligarchen-Familien monopolisiert. Berichtet wird das, was Geld bringt oder die Interessen der Oligarchen anders unterstützt. Die boomenden Online-Medien seien da, wo sie Bedeutung haben, noch schlimmer. Vielleicht kontrolliere Meta (Facebook und Instagram) in Dublin manche Netzeinträge auf Falschmeldungen und Hatespeach – aber kaum jemand dort spräche Albanisch. Selbst wenn etwas Albanisches gelöscht würde, dauere das viel zu lange. Inhalte aus Trollfabriken dominierten deshalb ungehindert die sozialen Medien in Albanien.

Die Öffentlichkeit sei keine freien Medien gewöhnt, im Kommunismus waren die Medien ein reines Propaganda-Instrument. Das seien sie auch heute noch, aber aus Unerfahrenheit bemerkten das nur wenige. Zum Beispiel, dass es zu heiklen Themen keine journalistischen Berichte gäbe, sondern nur über alle Plattformen hinweg gleich-lautende PR-Produkte.

Der Premierminister Rama hat auf einer Pressekonferenz einem Journalisten die Umerziehung angedroht, aber das sei in Albanien kein Skandal, nur außerhalb. Wenn überhaupt, denn ausländische Medien interessierten sich nicht für Albanien, weswegen sie auch kein Gegengewicht bilden könnten.

Zwar schrieben die EU-Delegationen Berichte über den Angleichungsprozess der albanischen Gesetzgebung an EU-Normen, aber sie berichteten nicht über die Umsetzung dieser Gesetze. Immerhin: Als die Regierung versucht hatte, „ethische“ Richtlinien für den Journalismus (wie in Polen oder Ungarn) zu erlassen, sei das über die Anrufung der Venedig-Kommission des Europarates verhindert worden.

Aber das Argument, dass durch die Justizreform den Gesetzen vielleicht zukünftig mehr Geltung verschafft werden würde, lässt der Journalist nicht gelten. Man habe bis vor einigen Jahren geglaubt, dass Albanien gute Journalist*innen hätte, aber schlechte Strukturen. Man wähnte sich in einer Übergangszeit vom totalitären Staat hin zur Demokratie. Aber heute sei klar, dass die Krebszellen überall sitzen und ausstreuten. Man könne den Patienten nicht an einer Stelle heilen und hoffen, die anderen würden dann später gesunden. Die Gesellschaft befände sich in einem Übergang, aber nicht zur Demokratie, sondern zur Oligarchie. Auch wenn die europäischen Staaten und Regierungen versuchen würden, das anders zu verkaufen.

„Ob es denn nicht doch noch irgendwo die Möglichkeit von Lichtblicken gäbe?“ versuchen wir es aus der Reisegruppe heraus mit einigen Fragen. Seine Antwort ist jeweils kurz: „Nein“.

Eine Stimme in einem Cafehaus

23. September, Tirana

Es gibt in Tirana sehr viele Cafés, überhaupt ist die Lebensart und Freundlichkeit der Menschen hier so, dass ich mich sofort wohl und eingeladen fühle. Doris und ich haben noch etwas Zeit, bevor wir zum Flughafen müssen, in einem Café machen wir eine Zufallsbekanntschaft.

Die Frau erklärt uns, sie sehe sich schon immer als Teil der aktiven albanischen Zivilgesellschaft, und das würde auch so bleiben. Auch ihre Kinder: Von klein auf wurden sie zu jeder Demo mitgenommen, auch wenn es nie etwas genutzt hat. Ja, den Erfolg der Vjosa-Kampagne findet sie auch toll, aber in den 30 Jahren seit dem Ende der Diktatur ist viel zu wenig passiert. Albanien sei ein Land, das alles habe! Sie zählt eine lange Liste auf mit Rohstoffen, Sonne, Landschaft, Geschichte, wunderbaren Menschen. Albanien müsste reich und unabhängig sein wie die Schweiz! Aber stattdessen sei nach dem Kommunismus alles zerstört und nichts wieder neu aufgebaut worden. Keine Industrie (die es mal gab), das selbe mit der Landwirtschaft. Es würden nur überall im Land riesige Gebäude gebaut, die kein Mensch brauche. Geldwäsche sei das alles, nichts Konstruktives.

Fazit: und “der Westen”?

23. September, auf der Rückreise

Den Pessimismus von Fatos Lubonja habe ich noch wiederholt gesehen bei anderen Menschen auf dieser Reise in Albanien. Das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen ist aufgebraucht oder war noch nie vorhanden. Die Erwartungen an die Demokratie sind gering, für Fatos sind sie, so glaube ich, nur noch nostalgische Floskeln. Bloße Feigenblätter in einer globalen gesellschaftlichen Realität, die die „Demokratie“ schon längst hinter sich gelassen hat. Eine Hoffnungslosigkeit hat sich breit gemacht in Albanien. Eine Hoffnungslosigkeit, die aber nicht niedergeschlagen ist. Ein heiterer Fatalismus, der dem Westen keine Vorwürfe macht, denn: „Die reichen Leute im Westen sind eigentlich auch nicht besser dran, sie wissen es bloß noch nicht“.

Rückkehrend zu meiner Ausgangsfrage überlege ich, in welchem Verhältnis ich meine Vorstellung des Westens nun zu Albanien sehe:

Es gibt hier ein Verlangen nach der westlichen Subsidiaritäts-Gesellschaft, dem Ideal einer Herrschaft von unten – und eine Bereitschaft dafür. Die Hoffnung darauf aufzugeben, hat weit um sich gegriffen. Weit, aber nicht nach überall hin. Ich möchte gemeinsam mit einigen Menschen in Albanien an einen möglichen langfristigen Erfolg der Justizreform glauben. Ich möchte glauben, dass die Rezeptur der Vjosa-Kampagne sich auf andere Projekte der Zivilgesellschaft übertragen lässt. Bei meinem Besuch in Brüssel dieses Jahr glaube ich gesehen zu haben, dass die EU einen Willen und eine Kraft hat. Eine Kraft, auf die Albanien sich verlassen und an der es sich ausrichten kann. Auch wenn ich jetzt besser verstehe, wie dieses Vertrauen die menschliche Geduld vor eine überharte Probe stellt. Ich finde, wir, die wir den Westen haben wie einen selbstverständlichen Besitz, sollten uns bewegen. Wir sollten auf die Menschen im Osten des Westen zugehen und uns für sie interessieren. Wir können ihnen dadurch Hoffnung geben, und wir können vielleicht verhindern, dass es wahr wird, was viele hier glauben: dass wir selbst den Westen schon lange verloren haben und er nur noch eine träge Illusion ist.

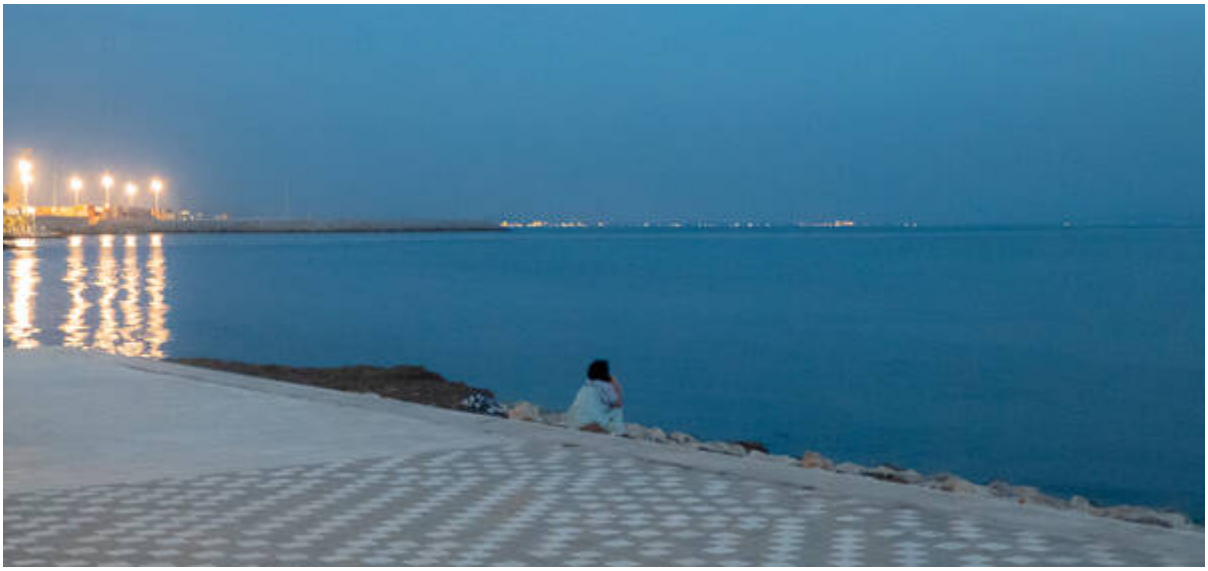
Ein Ausblick: die Vjosa

25. September, Mainz

In vielen Windungen schlängelt sich der Fluss durch Albaniens neu entstehenden Nationalpark. 70

Fischarten sind und bleiben hier heimisch, das sind 30% von denen, die es überhaupt gibt in Europas Süßgewässern. Bei den Mollusken, den Weichtieren sind es sogar 70% Prozent. 150 verschiedene Arten davon leben in der Vjosa. Im Laufe der Vjosa-Kampagne wurden von den internationalen Forscher*innen immer wieder neue Insektenarten entdeckt. Arten die man zuvor überhaupt nicht kannte. Auf www.balkanrivers.net findet man viele Informationen dazu.

Ich möchte die Vjosa durch meinen Malerei-Film „Der Osten des Westens“ fließen lassen. Weil sie ein stolzes Zeichen dafür ist, wie der „Osten des Westens„ gemeinsam mit dem „Westen des Westens“ etwas Wunderbares erreicht hat.



Zu den Reiseberichten

From:
https://stefanbudian.de/ - **Stefan Budian**

Permanent link:
https://stefanbudian.de/doku.php?id=text:tirana_23

Last update: **2026/05/02 03:29**